

Pressestimmen

LAGE IN SYRIEN

Frankfurter Allgemeine

„Tabu“ US-Außenminister Kerry spricht offen aus, was lange ein Tabu war: Eine militärische Lösung des Kriegs in Syrien ist nicht in Sicht, und eine politische Lösung, die auch Voraussetzung für einen Erfolg gegen den IS ist, kann es nur mit dem syrischen Machthaber Assad geben. Seine Truppen sind erforderlich, will man den IS in die Knie zwingen. Kerry ist wenigstens ehrlich; Paris und London kaschieren ihr Scheitern aber, indem sie nur Assads Sturz sehen wollen, den es nicht geben wird.

FAZ, Frankfurt

Süddeutsche Zeitung

„Eingerichtet“ Assad ließ die Dschihadisten militärisch unbehelligt, solange sie ihm die gemäßigteren Rebellen vom Hals schafften. Derweil tyrannisierte er ungehindert die Zivilbevölkerung mit Fassbomben und Artillerie. Assad hat sich eingerichtet in dem unerträglichen Schwebzustand.

Süddeutsche Zeitung, München

Kalenderblatt



DAS GESCHAH AM ...

18. März

1805: Frankreichs Kaiser **Napoleon I.** setzt seinen Stiefsohn Eugene de Beauharnais als Vizekönig von Italien ein.

1920: Österreich erhält ein neues Wehrgesetz. Nach den Bestimmungen des Staatsvertrages von Saint-Germain beträgt der Höchststand des Bundesheeres der Ersten Republik 30.000 Mann.

1945: Hitler äußert die Auffassung, dass, „wenn der Krieg verloren geht, wird auch das deutsche Volk verloren sein“.

LESERBRIEFE

Lesermeinungen finden Sie auf der Leserdialoageite (Seite 19) und im Internet auf: nachrichten.at/leserbrieife



Nachahmungstäter

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Yanis Varoufakis

Ein Stinkefinger als Politikum

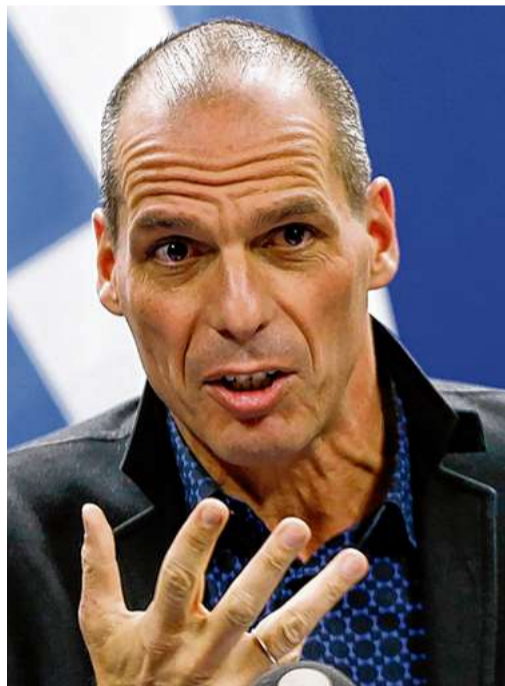
Von Clemens Schuhmann

So schnell, wie sein Stern aufgestiegen war, so schnell scheint er nun zu verglöhnen: Der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis ist seit seiner Vereidigung omnipräsent – stilisiert er sich doch nur zu gerne als marxistische Speerspitze gegen die Bestimmer in der EU. Bei der Wahl seiner Mittel ist der Wirtschaftspräsident nicht zimperlich: er provoziert, er teilt aus. Und er gibt sich gerne als Mister Cool – mit Lederjacke, Motorrad und heraushängendem Hemd. Kritik ist am Teflon-Minister bisher stets abgeperlt.

Ob Varoufakis allerdings seinen 54. Geburtstag am Dienstag noch im Amt erlebt, ist nicht fix: Seit Tagen kursieren Gerüchte über seine baldige Ablöse, hat er es doch zuletzt zu sehr übertrieben. Und vor allem hat er sich im kommunistischen Flügel der eigenen Partei Feinde gemacht – als er sagte, zur Sicherung der Liquidität müssten eben die Wahlversprechen der Partei „Syriza“ warten.

Als Schuss ins Knie stellte sich zudem die Fotostrecke in der Illustrierten „Paris Match“ heraus, die den laut Eigendefinition „marxistischen Ökonomen“ als Champagner-Sozialisten entlarvte: Zu sehen ist Varoufakis Arm in Arm mit seiner zweiten Frau Danae Stratou (die Künstlerin stammt aus einer der reichsten Familien Griechenlands) auf der Terrasse einer Luxuswohnung im teuersten Wohnbezirk Athens – Akropolisblick inklusive.

Und seit Sonntag regt das „Stinkefinger-Video“ auf: „Stick the finger to Germany“ sagte er in dem Film aus 2013 – und meinte, Athen hätte 2010 seine Pleite erklären und die Deutschen das Problem alleine lösen lassen sollen.



Er provoziert, er polarisiert, und er teilt gerne aus: Griechenlands Finanzminister Varoufakis (Reuters)

Varoufakis freilich behauptet nun, der gestreckte Mittelfinger sei hineinmontiert worden. Dass das nicht stimmt, sieht jeder, der sich das Filmchen angeschaut hat.

Für Premier Alexis Tsipras wird Varoufakis somit immer mehr zum Problem – es wird aber nicht ganz einfach sein, den streitbaren Professor abzuschließen, schließlich bekam er bei der letzten Wahl die mit großem Abstand meisten Vorzugsstimmen (135.600).

Leitartikel

Von Christoph Kotanko



Zuverlässige Feinde, unzuverlässige Freunde

Hans Jörg Schelling ist der 21. Finanzminister der Zweiten Republik. Der gebürtige Vorarlberger, der einen wichtigen Teil seines Arbeitslebens in Oberösterreich verbrachte, hat eine Besonderheit: Er kommt aus der Wirtschaft, einer Welt, die fast alle seine Vorgänger nur von Betriebsbesuchen kannten (ausgenommen Hannes Androsch, der Freiberufler war).

Schelling denkt unternehmerisch. Das ist ein Vorteil und zugleich eine Gefahr.

Die besten Unternehmer orientieren sich am zahlenden Kunden und richten die Organisation danach aus – nicht umgekehrt. Zum Tagwerk gehört Ursachenforschung bei Problemen, Reduktion von Kosten, Optimierung von Prozessen, Effizienzsteigerung.

Mit dieser Einstellung betreibt Schelling sein Regierungs-Start-up. Vorarlbergs Landeshauptmann Wallner, der mit ihm Tage

und Nächte in der Steuerreformgruppe verbrachte, sagt zu Schellings Arbeitsweise: Er agiere „wie ein Bulle“. Das ist nützlich aus der Sicht der Steuerzahler. In der Politik macht man sich damit keine Freunde.

Der Newcomer ist bei den Schwarzen anerkannt, doch flach verankert. Die VP ist die Partei jener, die immer schon da waren.

Niederösterreichs Finanzlandesrat Wolfgang Sobotka sprach das in seiner Wut aus: „Bei Philippi sehen wir uns wieder. Schelling ist bereits mein siebenter Finanzminister.“ Grund für die St. Pöltner Rage: Schelling nimmt die Landes-Hypos mit den Haftungen für die Kärntner Pleite-Hypo in die Pflicht.

In der Wirtschaft ist es normal, dass jemand für seine Haftungen einsticht – in der heimischen Politik ein Kulturbruch.

VP-Wirtschaftschef Leitl wollte „bis zur letzten Patrone“ gegen die Registrierkassenpflicht kämpfen; doch Schelling, der sich von Leitl emanzipiert hat, setzte sich durch.

Beamtenboss Neugebauer ist gewarnt. Schellings Vorstoß, den Zuwachs der Verwaltungskosten zu begrenzen, schmetterte er im ersten Durchgang ab; Fortsetzung folgt.

Zu Schellings zuverlässigen Feinden zählt auch Wiens SP-Bürgermeister Häupl, den der Reformdrang nervt. Häupl zu den Sparideen des Ministers: „Wenn er in Wien Wahlkampf führen will, soll er kandidieren.“

1,1 Milliarden müssen durch Verwaltungsreformen und Förderkürzungen hereinkommen. Ohne Tabubrüche geht das nicht. Schelling braucht solide Alliierte; wer dazu gehört, werden die Budgetverhandlungen zeigen.

1,1 Milliarden müssen durch Verwaltungsreformen und Förderkürzungen hereinkommen. Ohne Tabubrüche geht das nicht. Schelling braucht solide Alliierte; wer dazu gehört, werden die Budgetverhandlungen zeigen.

c.kotanko@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Steuerreform: Was mit den 1000 Euro machen?

Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie“, meinte einst der deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard. Auch die Wirtschaftswissenschaft geht davon aus, dass es vor allem emotionale Faktoren sind, die die Konjunktur beeinflussen.

Der konjunkturelle Effekt der soeben von der Regierung angekündigten Steuerreform und somit letztlich die Frage, ob die Steuerreform wirklich etwas gebracht hat, hängt ebenfalls sehr stark von der Psychologie ab.

Die ergiebige Grundbotschaft der Steuerreform lautet: im Schnitt 1000 Euro Entlastung für jeden Arbeitnehmer. Die erste Fra-

ge lautet also, was mit dem zusätzlichen Betrag zu tun ist: Sparen oder Ausgeben?

Die Frage scheint – dank der Zinspolitik der EZB – bereits für alle beantwortet: bei real negativen Zinssätzen ist Sparen keine wirklich begeistern- de Alternative. Das Geld sollte zumindest nach Meinung der EZB eher ausgegeben als angespart werden.

Somit folgt die Frage, wie viel von den 1000 Euro ausgegeben werden sollen. Da kommt die Psychologie ins Spiel. Lässt man sich vom verheißungsvollen Vermö-



VON TEODORO D. COCCA

KOLUMNE

genszuwachs der 1000 Euro positiv beeinflussen und gibt einen Großteil aus, könnte dies die Wirtschaft ankurbeln und uns aus der Konjunkturkrise manövrieren.

Die Aussicht auf diese zukünftige Wirkung beeinflusst schon heute die Wahrnehmung der Steuerreform. Die Frage ist dabei nicht so sehr, wie wir das selber einschätzen, sondern wie wir glauben, dass die anderen das einschätzen. Glauben wir mit anderen Worten daran, dass andere Arbeitnehmer (oder Unternehmer) den positiven Konjunkturreffekt erwarten und des-

halb schon heute beginnen, ihre Ausgaben zu erhöhen.

Wen man daran glaubt, wird man sich von der Aussicht auf diesen positiven Effekt selber auch schon anstecken lassen und die eigenen Ausgaben schon heute erhöhen. Das wäre dann eine sogenannte „selbsterfüllende Prophezeiung“.

Umgekehrt führt allerdings eine skeptische Haltung gegenüber der Steuerreform dazu, dass diese negative „Prophezeiung“ schlussendlich eintreten wird, weil niemand gewillt ist, mehr Geld auszugeben. Entscheidender als die Fakten ist also die psychologische Wahrnehmung der Steuerreform.

Deshalb bemühen sich die Regierungsspitzen richtigerweise zurzeit so sehr, die Reform im positiven Licht darzustellen.

Diese Wahrnehmung beeinflusst die individuelle Verwendung der 1000 Euro und bestimmt somit den Erfolg der Steuerreform. Also liebe Steuerzahler, wenn wir wiederum eine Steuerreform haben möchten, die uns 1000 Euro ins „Geldbörs!“ bringt, heißt es nun konkret zu zeigen, dass wir optimistisch in die Zukunft blicken.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz